

# Tierschutz und EU-Verfassung

Vertrag über eine Verfassung für Europa, Artikel III-121: Bei der Festlegung und Durchführung der Politik der Union in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt tragen die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung; sie berücksichtigen hierbei die Rechts- und Verwaltungsvorschriften und die Gepflogenheiten der Mitgliedstaaten insbesondere in Bezug auf religiöse Riten, kulturelle Traditionen und das regionale Erbe.

Ich habe mich hauptsächlich am PC mit der EU-Verfassung befasst. Es ist einfacher, da man hier nach Stichwörtern suchen kann, und so schneller das vorfindet, was einen besonders interessiert. Denn wie schrieb Herr Roy Reding, seines

Zeichens „avocat à la cour“, also kein Kleinhirn, wie es dem Normalbürger vorgeworfen wird, wenn er sich erdreistet, auch nur an ein Nein zur EU-Verfassung zu denken: Wäre der Text nicht so unleserlich, könnte man schon leichter diskutieren.

Aber wollen unsere Politiker überhaupt diskutieren? Jede politische Diskussion endet damit, dass der Bürger tunlichst mit Ja abzustimmen habe, er sonst in die extrem linke oder rechte Ecke gedrängt wird. Und genau dies erinnert den Wähler an das letzte hier in Luxemburg stattgefundene Referendum über das Maulkorbgesetz.

Kommen wir zurück zum Tierschutz. Habe ich Recht, wenn ich schreibe, dass die luxemburgische Verfassung über unseren Gesetzen steht, und habe ich Recht, dass die EU-Verfassung über der luxem-

burgischen Verfassung steht? Wenn ja, so ist der Artikel III-121 ein Schlag ins Gesicht eines jeden Tierfreundes.

Wird vorgenannter Artikel der Verfassung nicht kritisch überdacht, so sind folgende Szenarien morgen Realität.

Mögliches Szenario 1: Eine muslimische Vereinigung will in Luxemburg das Schächten einführen (Schafen und Kühen wird ohne Betäubung die Gurgel durchgeschnitten, und der Tod erfolgt nach endlos dauerndem Todeskampf).

Schächten ist zum jetzigen Zeitpunkt in Luxemburg verboten.

Die muslimischen Tierschlächter werden sich wegen dem Schächtingsverbot in Luxemburg auf Artikel III-121 der EU-Verfassung berufen. Sie klagen vor dem Eu-

ropäischen Gerichtshof und die Richter halten fest, dass die Verfassung religiöse Riten, und somit das Schächten erlaubt.

Der Luxemburger Staat wird verklagt, falls er sich nicht an die Verfassung hält und Tierschützer sind machtlos.

Szenario 2: Hahnenkämpfe oder Hunderennen sind bis dato in Luxemburg ein Fremdwort. Mit Bezugnahme auf denselben Artikel in der Europäischen Verfassung werden derartigen Tierquälereien alle Türen in sämtlichen europäischen Ländern geöffnet. Den Tierschützern sind auch hier endgültig die Hände gebunden.

Luxemburgs Tierschützer warten auf eine klare Antwort seitens der Politiker.

**Ren Spautz, Angelsberg**